

Verordnung der Bundesregierung über den Aufwandsersatz von gesetzlichen Interessenvertretungen und kollektivvertragsfähigen freiwilligen Berufsvereinigungen in Arbeitsrechtssachen (Aufwandsersatzverordnung)

Vereinfachte wirkungsorientierte Folgenabschätzung

Einbringende Stelle: Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz
 Vorhabensart: Verordnung
 Laufendes Finanzjahr: 2017
 Inkrafttreten/ 2018
 Wirksamwerden:

Vorblatt

Problemanalyse

Gemäß dem Bundesgesetz über den Aufwandsersatz von gesetzlichen Interessenvertretungen und freiwilligen kollektivvertragsfähigen Berufsvereinigungen in Arbeitsrechtssachen (Aufwandsersatzgesetz), BGBl. Nr. 28/1993, in der jeweils geltenden Fassung, gebührt einer gesetzlichen Interessenvertretung sowie einer freiwilligen kollektivvertragsfähigen Berufsvereinigung in Rechtsstreitigkeiten nach § 50 Abs. 1 Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz (ASGG), BGBl. Nr. 104/1985, in der jeweils geltenden Fassung, gegenüber dem/der Gegner/in der von ihrem/ihrer Funktionär/in oder Arbeitnehmer/in vertretenen Partei der Zuspruch des pauschalierten Aufwandsersatzes. Der zugrundeliegende Aufwand ist durch Verordnung mit Pauschalbeträgen festzusetzen. Diese Pauschalbeträge werden jährlich erhöht.

Ziel(e)

Beitrag zur Abdeckung der Kosten von Interessenvertretungen in Verfahren vor den Arbeits- und Sozialgerichten

Inhalt

Das Vorhaben umfasst hauptsächlich folgende Maßnahme(n):

Gemäß § 2 Aufwandsersatzgesetz sind die Pauschalbeträge für den Aufwandsersatz von gesetzlichen Interessenvertretungen und freiwilligen kollektivvertragsfähigen Berufsvereinigungen in Arbeitsrechtssachen jährlich mit 1. Jänner zu erhöhen.

Erhöhungsmaßstab dabei ist die Entwicklung des Tariflohnindex. Maßgebend ist der Zeitraum von einem Jahr bis zu dem 1. November, der dem 1. Jänner, an dem die Neufestsetzung wirksam werden soll, vorangeht. Die von der Statistik Austria bekannt gegebene Erhöhung des Tariflohnindex betrug 1,57%.

Aus der gegenständlichen Maßnahme ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen auf den Bund, die Länder, die Gemeinden oder auf die Sozialversicherungsträger

Anmerkungen zu sonstigen, nicht wesentlichen Auswirkungen:

Im Jahr 2016 wurden 16 311 Verfahren I. Instanz und 1 064 Rechtsmittelverfahren eingebracht. Eine mehrjährige Betrachtung der Anzahl der Verfahren I. Instanz zeigt, dass diese relativ konstant bleibt (2008: 20 729, 2009: 21 312, 2010: 20 403, 2011: 19 215, 2012: 19 226, 2013: 18 962, 2014: 18 463, 2015: 17 202, 2016: 16 311) bzw. leicht rückläufig ist. Ein Grund dafür liegt auch in der konstanten Praxis der Arbeiterkammern bei der Gewährung von Rechtsschutz. Es ist daher davon auszugehen, dass diese Anzahl auch für das Jahr 2018 in etwa gleich bleiben wird. Als Schätzwert wird eine Anzahl der Verfahren I. und II. Instanz von insgesamt 17 000 Verfahren angenommen.

Der Kostenersatz für Verfahren I. Instanz bis zur ersten Tagsatzung bzw. Erlassung eines Zahlungsbefehls u.ä. wird für 2018 um Euro 5, jener für das weitere Verfahren und für Berufungsverfahren um Euro 10 erhöht.

Für Verfahren, die in den Geltungsbereich der Verordnung fallen, erhöhen sich die Kosten bei beendeten Verfahren I. Instanz damit um insgesamt maximal Euro 15.

Die Verordnung kommt jedoch nur auf jene Verfahren zur Anwendung, in denen mindestens eine Partei von einer gesetzlichen Interessenvertretungen und freiwilligen kollektivvertragsfähigen Berufsvereinigungen vertreten wird und die derart vertretene Partei obsiegt. Dies trifft jedoch nur auf einen Teil der Verfahren zu. Darüber hinaus, werden auch nur ein Teil der in I. Instanz eingebrachten Verfahren beendet. Der Anteil der Berufungsverfahren ist ebenfalls gering.

Es wird daher zur Kalkulation der Mehrkosten ein Näherungswert von Euro 10 angenommen.

Die Mehrkosten werden damit Euro 170 000 betragen. Dieser Betrag gilt für alle in arbeits- und sozialgerichtlichen Verfahren Unterlegenen (Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen). In den Fällen, in denen dem/der Arbeitnehmer/in Rechtsschutz durch die Interessenvertretung gewährt wird, sind die auf Grund des Aufwändersatzgesetzes anfallenden Pauschalgebühren idR durch die Rechtsschutzzusage abgedeckt.

Verhältnis zu den Rechtsvorschriften der Europäischen Union

Die vorgesehenen Regelungen fallen nicht in den Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Union

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens

keine

Diese Folgenabschätzung wurde mit der Version 5.0 des WFA – Tools erstellt (Hash-ID: 165440855).